

Vorwort	VII
Einleitung.....	1
§ 1 Thematische Einführung.....	1
§ 2 Untersuchungsziel und Gang der Darstellung.....	5
Kapitel 1: Die Grundlagen der nachrangigen Gesellschaftsfinanzierung im Überblick	7
§ 1 Die Gesellschaftsfremdfinanzierung und die gesetzliche Nachrangigkeit.....	7
A. Die Gesellschafterfremdfinanzierung unter Geltung des Eigenkapitalersatzrechts	8
B. Die Gesellschafterfremdfinanzierung nach Inkrafttreten des MoMiG.....	9
§ 2 Die vertragliche Nachrangigkeit	10
A. Die Eingrenzung der hier gegenständlichen, vertraglichen Subordination von Forderungen	11
B. Der überschuldungsvermeidende Rangrücktritt nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO.....	12
I. Die Besonderheit der Rangklasse unterhalb des Rangs des § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO.....	14
II. Der „qualifizierte“ Rangrücktritt im Eigenkapitalersatzrecht	14
III. Die Änderung der Rechtslage durch das MoMiG	16
IV. Drittgläubiger und der Überschuldungsstatus.....	18
C. Die umstrittenen Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 S. 2 InsO im Überblick.....	18

§ 3 Begriffsverwendungen in dieser Arbeit.....	20
--	----

Kapitel 2: Die Rechtsprechung zu § 19 Abs. 2 S. 2 InsO nach Inkrafttreten des MoMiG..... 25

§ 1 Der Fall.....	25
-------------------	----

§ 2 Die rechtliche Würdigung des OLG Düsseldorf.....	26
--	----

A. Der Anspruch aus § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO a. F.	26
B. Der Anspruch aus §§ 134 Abs. 1, 143 Abs. 1 InsO.....	27
C. Der Anspruch aus § 813 Abs. 1 S. 1 BGB	27
D. Zusammenfassung	28

§ 3 Die rechtliche Würdigung des BGH	28
--	----

A. Die Voraussetzungen und die Rechtsnatur des Rangrücktritts nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO	29
I. Die erforderliche Rangtiefe	29
II. Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre	29
III. Die Rechtsnatur und Drittwirkung des Rangrücktritts	30
B. Der Anspruch aus § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB	30
I. Die Rechtsgrundlosigkeit der Zinszahlungen	31
II. Die Einrede des § 814 BGB.....	31
C. Der Anspruch aus § 134 Abs. 1 InsO.....	32

§ 4 Zusammenfassung	32
---------------------------	----

Kapitel 3: Die „neuen Rechtsprechungsregeln“ zu überschuldungsvermeidenden Rangvereinbarungen nach der Entscheidung des BGH vom 5.3.2015 (BGHZ 204, 231)..... 33

§ 1 Der Anwendungsbereich der „neuen Rechtsprechungsregeln“	34
---	----

A. Der zeitliche Anwendungsbereich	34
I. Die Anwendbarkeit des Eigenkapitalersatzrechts	34
II. Die Grundsatzentscheidung für das alte und neue Recht	35
B. Der persönliche Anwendungsbereich.....	36
I. Rangrücktritte von Gesellschaftern nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO	37

1. Vorfrage: Generelle Anfechtbarkeit von Zahlungen auf vertraglich subordinierte Gesellschafterdarlehen?.....	38
a) Grammatikalische Auslegung	39
b) Historische Auslegung	39
c) Systematische Auslegung.....	40
d) Teleologische Auslegung	41
aa) Die Legitimationsgrundlagen des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO und der freiwillige Nachrang	41
(1) Die Fortgeltung der Finanzierungsfolgenverantwortung	41
(2) Der Missbrauch der Haftungsbeschränkung.....	41
(3) Die Finanzierungszuständigkeit der Gesellschafter.....	42
(4) Zwischenergebnis zu den Legitimationsgrundlagen und dem vertraglichen Nachrang eines Gesellschafters	42
bb) Die Rechtsprechung des OLG München zur Durchsetzung der Nachrangigkeit.....	43
e) Ergebnis zur Anfechtbarkeit nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO bei Rangrücktritten.....	44
2. Das Verhältnis des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO zu den „neuen Rechtsprechungsregeln“ nach Zahlungen an vertraglich subordinierte Gesellschafter	44
a) Abschließender Gläubigerschutz durch das BGH-Regime?	46
aa) Die langen Rückforderungsfristen nach der BGH-Lösung ...	46
bb) Das Gläubigerschutzniveau des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO im Jahreszeitraum vor der Insolvenz.....	47
cc) Systematischer Ausschluss der Anfechtung?.....	48
(1) Die Befriedigung durch Erfüllung nach den §§ 362 ff. BGB	48
(2) Die Befriedigung der Forderung bei fehlender Erfüllbarkeit?	49
(3) Stellungnahme.....	49
b) Zwischenergebnis: Kein Exklusivitätsverhältnis von Anfechtung und „neuen Rechtsprechungsregeln“	51
3. Ergebnis: „Zweispuriger Kapitalschutz“ durch kumulative Anwendung des § 135 InsO und der „neuen Rechtsprechungsregeln“	52
II. Abtretungs- und Austrittsfälle	53
1. Der Nachrang	53
2. Die Anfechtbarkeit	53
3. Ergebnis	54
C. Ergebnis zum Anwendungsbereich der „neuen Rechtsprechungsregeln“	54

§ 2 Die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der vorinsolvenzlichen Zahlungssperre	55
A. Die „drohende Insolvenzreife“ als Element der Zahlungssperre.....	56
I. Der widersprüchliche Wortlaut der BGH-Entscheidung.....	57
II. Das Solvenzstadium der „drohenden Insolvenzreife“ und der Schutz der Gesellschaftsgläubiger.....	59
III. Stellungnahme zur „drohenden Insolvenzreife“ der Gesellschaft.....	60
1. Die Abhängigkeit des Gläubigerschutzniveaus vom Umfang der erfassten Solvenzstadien	60
2. Das systematische Problem der Selbstreferenzialität.....	61
3. Ergebnis zum Solvenzstadium der „drohenden Überschuldung“ als Element der Zahlungssperre.....	63
IV. Die präzise Definition des Solvenzstadiums der „drohenden Überschuldung“	64
1. Die Definition des Instituts der Wirtschaftsprüfer	64
2. Die „drohende Überschuldung“ und der modifiziert zweistufige Überschuldungsbegriff	65
3. Ableitbare Regeln für die rechtliche Wirkung der Zahlungssperre	66
B. Ergebnis zu den Mindestanforderungen an die Zahlungssperre.....	67
§ 3 Den BGH-Anforderungen nicht genügende Rangvereinbarungen	68
A. Das Verfehlen der erforderlichen Rangtiefe	68
I. Tatbestand	68
II. Rechtsfolgen.....	69
B. Das Fehlen der vorinsolvenzlichen Zahlungssperre.....	70
I. Tatbestand	70
II. Rechtsfolgen.....	70
C. Ergebnis.....	71
§ 4 Die Rangvereinbarung als drittwirkende dingliche Forderungsänderung zugunsten der weiteren Gesellschaftsgläubiger	71
A. Die dingliche Änderung der Forderung	72
I. Der bürgerlich-rechtliche Ansatz des BGH	72
II. Die durch den Überschuldungsstatus des § 19 Abs. 2 S. 1 InsO vermittelte dingliche Änderung der Forderung.....	73
B. Der subsidiäre Aufhebungsschutz durch die Konstruktion als Vertrag zugunsten Dritter nach § 328 BGB.....	73
I. Der Drittschutz der Rangvereinbarung	74

II. Der Umfang der begünstigten Gläubigergruppe	75
III. Die Unwirksamkeitsfolge des § 328 Abs. 2 BGB	76
C. Ergebnis	78

§ 5 Die Verteidigungsmöglichkeiten des vertraglich subordinierten Gläubigers

A. Die Entreicherung des Gläubigers nach § 818 Abs. 3 BGB und § 143 Abs. 2 S. 1 InsO	78
I. Die Entreicherung in „Wasserfallstrukturen“	79
II. Der Ausschluss nach §§ 819 Abs. 1, 818 Abs. 4 BGB	80
III. Der Ausschluss nach § 143 Abs. 2 S. 2 InsO	82
B. Der Kondiktionsausschluss nach § 814 BGB	82
C. Die Täuschung des Drittgläubigers über das Eingreifen der Zahlungssperre	84
I. Die Täuschung zur Abwehr des fälligen und berechtigten Zahlungsanspruch des Gläubigers	84
II. Die Täuschung zur Ermöglichung der Auszahlung	86
D. Ergebnis zu den Verteidigungsmöglichkeiten	87

§ 6 Die Geschäftsführerhaftung

A. Die zivilrechtliche Haftung	88
I. § 43 Abs. 2 GmbHG	88
II. § 64 S. 3 GmbHG	89
1. Das gesetzliche Leistungsverweigerungsrecht	89
2. Die Zahlungshaftung	91
III. § 64. S. 1 GmbHG	91
B. Die strafrechtliche Haftung	92
I. Die Zahlung auf nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO subordinierte Darlehen als Veruntreuung von Gesellschaftsvermögen gemäß § 266 StGB	94
1. Die Rechtsfigur des existenzgefährdenden Eingriffs	94
2. Die Rechtsprechung zur Zahlung auf „nichtige Forderungen“	96
II. Die Zahlung auf nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO subordinierte Darlehen als Bankrott-Handlung gemäß § 283 StGB	98
1. Strafbarkeit nach § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	98
2. Die Privilegierung des § 283c Abs. 1 StGB	99
C. Ergebnis zur Geschäftsführerhaftung	100

§ 7 Die handels- und steuerrechtliche Bilanzierung der nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO subordinierten Verbindlichkeit

A. Die „neuen Rechtsprechungsregeln“ und die Handelsbilanz	101
--	-----

I.	Keine Erkennbarkeit des Bindungsgrads durch Ausweis als „nachrangige Verbindlichkeit“	102
II.	Die Lösung durch den Ausweis als „gebundenes Darlehen“	104
III.	Handelsrechtliche Passivierungspflicht der „qualifizierten Nachrangverbindlichkeit“	105
	1. Wirtschaftliche Belastung der Gesellschaft?	105
	2. Stellungnahme	107
	a) Die Unklarheit über die wirtschaftliche Belastung aus der Ex-ante-Perspektive	107
	aa) Die Befriedigung in der Insolvenz als Eintritt des Besserungsfalls?	109
	bb) Der insolvenzbedingte Forderungsausfall und die wirtschaftliche Belastung der Gesellschaft	110
	b) Das bilanzrechtliche Vorsichtsgebot	111
IV.	Ergebnis zur handelsrechtlichen Passivierungsfähigkeit der nachrangigen Verbindlichkeit.....	112
B.	Die steuerrechtliche Passivierungsfähigkeit der qualifizierten Nachrangverbindlichkeit	113
	I. Die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz.....	113
	II. Die Regelung des § 5 Abs. 2a EStG	114
	III. Ergebnis zur Bilanzierung der nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO subordinierten Verbindlichkeit	114
§ 8 Zusammenfassung der „neuen Rechtsprechungsregeln“ nach der Entscheidung des BGH vom 5.3.2015 (BGHZ 204, 231)		115

Kapitel 4: Die kritische Bewertung der „neuen Rechtsprechungsregeln“

§ 1	Der Wortlaut des § 19 Abs. 2 S. 2 InsO	119
A.	Der Nachrang der Verbindlichkeit „im Insolvenzverfahren“	119
B.	Die Bedeutung des Wortlauts und die Wertung des MoMiG-Gesetzgebers.....	120
C.	Ergebnis	121
§ 2 Das Erfordernis einer vorinsolvenzlichen Wirkung von Rangvereinbarungen nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO		122
A.	Der Überschuldungsbegriff des § 19 Abs. 2 S. 1 InsO	122
B.	Das Dilemma bei der Prüfung der rechnerischen Überschuldung nach § 19 Abs. 2 S. 1 Hs. 1 InsO.....	123

I.	Die Argumente der herrschenden Meinung für das Erfordernis der vorinsolvenzlichen Wirkung.....	123
1.	Die vorinsolvenzliche Gläubigergefährdung	124
2.	Die Vorwegnahme der Insolvenzwirkungen.....	125
3.	Das Schuldendeckungsprinzip.....	125
4.	Die Wertung des § 212 InsO	125
5.	Zusammenfassung.....	126
II.	Die Argumente im Schrifttum gegen das Erfordernis einer vorinsolvenzlichen Wirkung.....	126
1.	Vorwegnahme der Fortsetzungswirkung?	126
2.	Der Sinn und Zweck der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	127
3.	Das Nachhaltigkeitserfordernis des § 212 InsO.....	128
4.	Zusammenfassung.....	128
III.	Stellungnahme.....	128
1.	Möglichkeit eines „vorinsolvenzlichen Rangrücktritts“?	129
a)	Vorinsolvenzliche Ränge im neuen Recht der Gesellschafterdarlehen	129
b)	Die Kombination des Rangrücktritts mit einem außerinsolvenzlichen Sanierungsinstrument.....	131
2.	Die Voraussetzungen der überschuldungsvermeidenden Wirkung	131
a)	Die getrennte Betrachtung der Überschuldungselemente	132
b)	Der Sinn und Zweck der Insolvenzeröffnung.....	133
aa)	Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Befriedigung der nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO subordinierten Gläubiger?	133
bb)	Der Vergleich zur Passivierungspflicht von nicht fälligen Forderungen und von nachrangigen Forderungen in außerinsolvenzlichen Schuldenbereinigungsplänen	134
c)	Der Sinn und Zweck des Stichtagsprinzips	135
3.	Die Gläubigergefährdung durch die Wirkung des § 19 Abs. 2 S. 2 InsO.....	136
C.	Ergebnis.....	137
§ 3	<i>Die Wertungskonflikte durch die Anwendung der „neuen Rechtsprechungsregeln“ auf vertraglich subordinierte Gesellschafterdarlehen</i>	<i>137</i>
A.	Exkurs: Das zweispurige Eigenkapitalersatzrecht vor Inkrafttreten des MoMiG.....	137
I.	Die Gläubigergefährdung durch den Einsatz von Gesellschafterfremdkapital.....	138
II.	Die Einführung des Eigenkapitalersatzrechts	138
III.	Die Novellenregeln.....	140

IV. Die Fortgeltung der Rechtsprechungsregeln	141
V. Das zweispurige Eigenkapitalersatzrecht.....	142
B. Die Anwendung von eigenkapitalspezifischen Schutzmechanismen auf Fremdkapital	142
I. Die Parallelen zwischen dem zweispurigen Eigenkapitalersatzrecht und dem BGH-Regime zu § 19 Abs. 2 S. 2 InsO.....	143
II. Keine Beseitigung des Fremdkapitalcharakters durch den Nachrang in der Insolvenz	144
C. Die retrospektive Weichenstellung aus der Perspektive des MoMiG-Gesetzgebers	145
I. Das Gesellschafterdarlehen im Rang des § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO als „abschließendes Normalstatut“?	145
II. Die Absage an vorinsolvenzliche Zahlungssperren durch die Anfechtungslösung des MoMiG	146
1. Die Gesetzgebungsgeschichte des MoMiG und die Warnfunktion des Rangrücktritts nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO	146
2. Die notwendige Anfechtbarkeit nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO.....	148
3. Kein auf die erneute Einführung eines zweispurigen Kapitalschutzes gerichteter gesetzgeberischer Wille	149
III. Die retrospektive De-facto-Wirkung von vorinsolvenzlichen Zahlungsverboten	149
1. Die faktische Wirkung des Zahlungsverbots im Eigenkapitalersatzrecht	150
a) Der Insolvenzverwalter als Vollstrecker des Kapitalerhaltungsrechts	150
b) Vestigia terrent der Rechtsprechungsregeln?	152
aa) Die Anreizwirkung auf den Gesellschafter.....	153
(1) Das Risikoprofil des Gesellschafters.....	153
(2) Exklusives vestigia terrent des Zahlungsverbots?	155
(3) Das retrospektive Funktionsäquivalent der Zahlungssperre im neuen Recht der Gesellschafterdarlehen.....	156
bb) Die Anreizwirkung auf die Geschäftsführer.....	157
c) Zwischenergebnis zur faktischen Wirkung von fremdkapitalschützenden Zahlungsverboten	159
2. Die Wirkung der vorinsolvenzlichen Zahlungssperre im neuen BGH-Regime.....	159
IV. Die (überschuldungs-)bilanzielle Behandlung des vorinsolvenzlichen Zahlungsfalls	161
D. Kein Vertrauensschutz gegen das Belieben der Parteien	163
E. Ergebnis	164

§ 4 Die Systementwicklung unter dem Deckmantel der Privatautonomie.....	165
A. Die Auslegungsmethodik des BGH	165
B. Der quasi-gesetzliche Charakter der Vereinbarung.....	167
C. Die „miterklärte Drittwirkung“ als wiederauferstandene Finanzierungsfolgenverantwortung des Eigenkapitalersatzrechts?	168
D. Ergebnis.....	169
§ 5 Die dogmatischen Verwerfungen durch den Rückgriff auf die Zivilrechtsfigur des Vertrags zugunsten Dritter	169
A. Die bloß reflexartige Begünstigung der übrigen Gläubiger	169
B. Die Vermittlung der Drittwirkung über die öffentlich-rechtliche Insolvenzantragspflicht des § 15a InsO	170
C. Der Widerspruch zur Star 21-Entscheidung des II. BGH- Zivilsenats	172
I. Die Patronatserklärung und die Überschuldung nach § 19 Abs. 2 S. 1 InsO.....	172
II. Der Versuch, die Drittwirkung auf die rechnerische Überschuldung zu beschränken	173
1. Die Kündbarkeit der insolvenzreifevermeidenden Patronatserklärung.....	173
2. Die Patronatserklärung und die Solvenzprognosen	174
3. Die Vermeidung der Insolvenzreife und die Aussicht auf vollständige Befriedigung durch Erhöhung der Aktiva	175
4. § 15a InsO und das Belieben der Parteien	177
III. Ergebnis.....	177
§ 6 Zusammenfassung der kritischen Bewertung der BGH-Lösung.....	178

Kapitel 5: Die eigene Lösung: Der anfechtungs- und haftungsbewehrte Solvenzttest im neuen Recht der Gesellschafterdarlehen 181

§ 1 Keine Lösung über die Bindung des § 30 GmbHG (analog).....	182
--	-----

§ 2 Der ausreichende Gläubigerschutz durch ein insolvenzrechtliches Drei-Säulen-Modell beim Rangrücktritt eines Gesellschafters	183
---	-----

A. Das Solvenzinteresse der Gesellschaft (1. Säule)	185
---	-----

I.	Die Prognoseelemente der gesetzlichen Insolvenzgründe	185
II.	Die Leistungsverweigerungsrechte als Ausdruck des Solvenzinteresses.....	186
	1. Gläubigergefährdung durch den relativen Charakter und die Aufhebbarkeit von Leistungsverweigerungsrechten?	187
	2. Keine Notwendigkeit für ein unaufhebbares Zahlungsverbot.....	189
III.	Der insolvenzrechtliche Rangrücktritt und die Überschuldungselemente.....	191
	1. Isolierte Rangrücktritte und die Überschuldungsbilanz.....	191
	2. Der Gleichlauf der Berücksichtigung nachrangiger Forderungen in den gesetzlichen Prognosen der §§ 17, 18, 19 InsO	192
	3. Die Bedeutung des Rangrücktritts unter Geltung des modifiziert zweistufigen Überschuldungsbegriffs	194
	a) Die Ex-post-Beweisführung	194
	b) Annahme einer strikten Zweistufigkeit der Überschuldungsprüfung?.....	195
IV.	Ergebnis zum Solvenzinteresse der Gesellschaft: Gläubigerschutz, aber keine Befriedigungsgarantie	196
B.	Der haftungsbewehrte Rechte- und Pflichtenkanon der Geschäftsführung (2. Säule)	197
I.	Die Haftung nach § 64 S. 1 GmbHG	198
	1. Der Haftungsdruck und die Insolvenzantragspflicht des § 15a Abs. 1 S. 1 InsO.....	198
	2. Der nahtlose Gläubigerschutz in der materiellen Insolvenz der Gesellschaft.....	200
II.	Die Haftung nach § 64 S. 3 GmbHG	202
	1. Die Gläubigerschutzlücken des Solvenztests im Stadium der „drohenden Überschuldung“	202
	2. Das Schließen der Gläubigerschutzlücke über § 64 S. 3 GmbHG	204
	a) Die Deutung des § 64 S. 3 GmbHG im Schrifttum	205
	aa) Im Schrifttum diskutierte Korrekturmöglichkeiten.....	206
	bb) Gewährt § 64 S. 3 GmbHG ein gesetzliches Leistungsverweigerungsrecht?.....	206
	b) Die Entscheidung BGHZ 195, 42 vom 9.10.2012 zu § 64 S. 3 GmbHG.....	207
	c) Stellungnahme: Die eigene Interpretation des § 64 S. 3 GmbHG	209
	aa) Die echte Fälligkeit der Gesellschafterforderung	210
	bb) Der Zurechnungszusammenhang zwischen Zahlung und Eintritt der Zahlungsunfähigkeit.....	210
	(1) Die Prognosen der §§ 18, 19 InsO als Zurechnungszusammenhang zwischen Zahlung und tatbestandlichem Erfolg	211

(2) Die Insolvenz als Haftungsvoraussetzung des § 64 S. 3 GmbHG	212
(3) § 64 S. 3 GmbHG als Risikoverteilungsnorm	214
(4) Die Norm als Ausdruck der retrospektiven Betrachtungsweise des MoMiG	217
3. Ergebnis zur Haftung des Geschäftsführers nach § 64 S. 3 GmbHG	218
III. Die Haftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	219
IV. Die Haftung nach § 15a InsO, § 823 Abs. 2 BGB	219
V. Ergebnis: Enger Handlungskorridor und hohes Haftungsrisiko des Geschäftsführers	220
C. Die Anfechtungsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters (3. Säule).....	221
I. Die Anfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	222
1. Die Anfechtung als retrospektives Korrektiv von Fehlprognosen und prognosebedingten Unschärfen	224
a) Die Idealvorstellung eines Solvenztests	224
b) Die Fehlprognosen und das Fehlverhalten der Geschäftsführer	224
aa) Die Anfechtung nach Sorgfaltspflichtverletzungen des Geschäftsführers	225
bb) Die Anfechtung als Korrektiv prognosebedingter Unschärfen.....	226
(1) Das Ausbleiben der Insolvenz.....	226
(2) Der Eintritt der Insolvenz.....	226
2. Die Aktivierung der Haftkapitalfunktion.....	226
3. Die Korrektur der unzutreffenden Solvenzprognose	227
4. Das Gläubigerschutzniveau der Anfechtungslösung und die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers	228
a) Der Gläubigerschutz innerhalb der Anfechtungsfrist des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	229
b) Notwendigkeit der vierjährigen Rückforderungsmöglichkeit?.....	231
c) Größtmöglicher Gläubigerschutz?.....	232
5. Ergebnis zur Anfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO.....	234
II. Die Anfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO	234
1. § 133 Abs. 1 InsO a. F. bei kongruenten Leistungen	235
2. Die BGH-Rechtsprechung zu gescheiterten Sanierungskonzepten.....	237
3. Die Neuregelung von § 133 InsO durch das Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen.....	239
a) Verkürzung der Anfechtungsfrist auf vier Jahre.....	239
b) Verschiebung des für die Gläubigerkenntnis und den Benachteiligungsvorsatz relevanten Solvenzstadiums.....	240

c) Entscheidende Schwächung der hier vorgestellten 3. gläubigerschützenden Säule?.....	242
4. Ergebnis zur Anfechtung nach § 133 InsO	242
D. Fehlende Balance im hier vorgeschlagenen Kapitalschutzsystem?	243
E. Ergebnis zum Rangrücktritt des Gesellschafters nach § 19	
Abs. 2 S. 2 InsO.....	245
I. Die Weichenstellung des MoMiG	245
II. Kontrollüberlegungen.....	246
III. Die Prognoseabhängigkeit der BGH-Lösung.....	247
 § 3 Rangvereinbarungen von Drittgläubigern.....	248
A. Das Dogma der Einheitslösung für Gesellschafter und Drittgläubiger	249
I. Die unterschiedlichen Ausgangslagen der beiden Gläubigergruppen.....	250
II. Die dogmatische Friktionen durch die unterschiedliche Behandlung der beiden Gläubigergruppen	251
B. Die Übertragung des vorgestellten Drei-Säulen-Modells auf Drittgläubiger	252
I. Das Solvenzinteresse gegenüber dem Drittgläubiger.....	252
II. Die Anfechtungsmöglichkeiten gegenüber dem Drittgläubiger	253
1. Die Anfechtbarkeit nach § 136 Abs. 1 InsO?	254
2. Die Anfechtbarkeit nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	256
a) Vertragliche oder direkte Anwendung von § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO?.....	257
aa) Die vertragliche Unterwerfung unter § 135 InsO	258
bb) Die direkte Anwendbarkeit des Gesellschafterdarlehensrechts über die gesetzlichen Öffnungsklauseln der §§ 39, 135 InsO?.....	260
(1) Die Öffnungsklausel des § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO zur Erfassung von „gesellschaftergleichen Dritten“	260
(2) Die Öffnungsklausel des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	262
cc) Anfechtbarkeit von Zahlungen auf vertraglich subordinierte Forderungen im Rang des § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO?	263
(1) Die BGH-Rechtsprechung zur Anfechtbarkeit von Zahlungen an Drittgläubiger im Rang des § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO in Abtretungs- und Austrittsfällen... ..	264
(2) Stellungnahme.....	266
(3) Ergebnis	266
b) Die echte analoge Anwendung von § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	267

2. Ergebnis zu den Anfechtungsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters gegenüber dem Drittgläubiger	268
II. Die Geschäftsführerhaftung für Zahlungen an nach § 19 Abs. 2 S. 2 InsO subordinierte Drittgläubiger	269
1. § 64 S. 3 GmbHG und gesellschaftergleiche Dritte	269
a) Der insolvenzrechtliche Nachrang als Legitimationsgrundlage des § 64 S. 3 GmbHG	269
b) Die analoge Erstreckung der Norm auf vertraglich subordinierte Drittgläubiger	270
2. Die weiteren Haftungstatbestände	271
B. Ergebnis zu den Rangvereinbarungen von Drittgläubigern.....	271
<i>§ 4 Ergebnis der eigenen Lösung</i>	<i>272</i>
 Thesenartige Zusammenfassung.....	 275
 Literaturverzeichnis.....	 281
 Sachregister.....	 297